

EUROPE, make a move!

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Ich wende mich an Sie als Bürger von Katalonien, um die Situation in meinem Land zu erklären und um Ihre Unterstützung, als eine der einflussreichsten Personen dieser Welt, zu bitten.

Im vergangenen September organisierte die katalanische Regierung ein Referendum über die Selbstbestimmung des katalanischen Volkes. Dieses Referendum wurde von 80% der katalanischen Bevölkerung unterstützt. Das Resultat brachte 2.286.217 Wähler an die Wahlurnen, und löste eine Reaktion der spanischen Behörden aus, die eine Reihe von legalen, staatlichen und polizeilichen Maßnahmen einsetzte, die schwerwiegende Verstöße, der in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Grundrechte, sowohl auch 'the Charter of Fundamental Rights' der EU und sogar die spanische Verfassung von 1978, darstellte.

Es gab Angriffe auf die Pressefreiheit, bei denen Hausdurchsuchungen und Einschüchterungsversuche bei verschiedenen Medien vorgenommen wurden; es wurden mehrere politische Veranstaltungen behindert und eingeschränkt. Hunderte von Webseiten wurden blockiert und mehrere Beamten wurden wegen Ihrer politischen Ansichten verhört. All das, trotz unserer Versammlungs- und Demonstrationsrechten und dem Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung.

Seitdem wurde das katalanische Parlament aufgelöst, die katalanische Regierung wurde entlassen, und alle unsere Institutionen wurden von der Zentralregierung direkt unter ihre Kontrolle gebracht. Dies hat unser Grundrecht auf politische Partizipation sowie die Grundprinzipien der Demokratie erheblich beeinträchtigt. Diese Maßnahmen wurden vom Senat, Oberhaus des spanischen Parlaments, nach Zustimmung von drei politischen Parteien - PP, Ciudadanos und PSOE - und nach Artikel 155 der spanischen Verfassung, in eklatanter Verletzung der Verfassung, selbst genehmigt.

Am 1. Oktober haben Polizeieinheiten die der spanischen Regierung unterstanden, in 133 Gemeinden körperliche Gewalt gegen friedliche Bürger als Vergeltung für ihre Teilnahme am Referendum eingesetzt. Dadurch wurden 1066 Personen als verletzt gemeldet, von denen mindestens 400 eine Strafanzeige einreichten. Bis heute hat sich die spanische Staatsanwaltschaft auf Anweisung der Zentralregierung gegen eine offizielle Untersuchung dieser Ereignisse gewandt.

Im Bereich der Strafjustiz wurden kürzlich bestimmte Straftaten der Vergangenheit wieder aufgenommen. Dies führte zur Eröffnung zahlreicher Strafverfahren: Gegen mehr als 150 Personen wird derzeit strafrechtlich ermittelt. Darüberhinaus, werden 712 Bürgermeister (die meisten davon gewählte Beamte) strafrechtlich ermittelt, die im Vorfeld des Referendums vom 1. Oktober für ihre unverblühte Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung vor Gericht eingeladen wurden. Heute sehen wir, wie die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz in Spanien ernsthaft gefährdet wird, da die Gewaltenteilung eindeutig fehlt.

Die Behörden haben einen intrinsisch konstitutionellen Konflikt in das Terrain der Strafjustiz gebracht, dadurch haben sie die effektive Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt. Die höchsten öffentlichen Beamten in Katalonien wurden wegen Rebellion und Volksverhetzung angeklagt. Das entbehrt jeder Grundlage, da keine Gewalt und keine Tumulte stattgefunden haben. Gewalttätige Handlungen, ausgehend von der katalanischen Bevölkerung, haben zu keinem Zeitpunkt stattgefunden.

Die Untersuchungshaft von sechs katalanischen Kabinettsministern (ohne Kautionsmöglichkeiten), von dem ehemaligen Präsidenten des katalanischen Parlaments und von zwei zivilgesellschaftlichen Personen wurden von Rechtsexperten, Politikern und Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International wiederholt als unverhältnismäßige Maßnahme angeprangert. In einem kürzlich veröffentlichten Manifest verurteilten mehr als 130 spanische Strafrechtsexperten scharf die Anklagen wegen Rebellion und Aufwiegelung. Diese Anklagen können nur Stand halten, falls der Grundsatz der Legalität in Strafverfahren ernsthaft untergraben wurde. Das ist eindeutig nicht der Fall.

Auch die Europäischen Haftbefehle gegen Präsident Puigdemont, die Minister Ponsatí, Comín, Puig und Serret sowie Frau Marta Rovira ruhen auf falschen und willkürlichen Anklagen. Wir hoffen daher, dass die Richter der europäischen Länder, in denen diese Personen auf eine Entscheidung warten, ihre Auslieferung ablehnen werden.

Aus all den obengenannten Gründen glauben wir, dass die Rechte und Freiheiten, die in den internationalen und europäischen Menschenrechtsverträgen sowohl als in der Spanischen Verfassung von 1978 verankert sind, offenkundig durch die Handlungen der spanischen Behörden aufs Spiel gesetzt wurden. Nicht zuletzt deshalb, weil die Garantien für die Rechte und Freiheiten der beteiligten Personen angesichts einer überwältigenden Positionierung der spanischen Justiz, unzureichend sind. Die Rechtsstaatlichkeit ist daher, unserer Ansicht nach, bedroht.

Die Europäische Gemeinschaft wurde mit einem vorbildlichen Ziel gegründet, das Gift des Autoritarismus und Faschismus aus dem Herzen Europas endgültig zu beseitigen. Heute sehen wir die grundlegende Mission und die Seele der EU gefährdet, da die Union einem ihrer Mitgliedstaaten erlaubt, in autoritäre Regimen zu verfallen, ohne irgendwelche Schritte zu unternehmen, um dies zu verhindern.

Dieser Brief ist eine Bitte um Hilfe. Wer sich für die Verteidigung demokratischer Werte und Menschenrechte einsetzt, kann die Ereignisse in Katalonien nicht mehr ignorieren und auch nicht länger wegschauen.

Daher bitte ich höflichst um Ihre Unterstützung in dieser Angelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen,



**ASSOCIACIÓ
CATALANA
PELS DRETS
CIVILS**

Impulsada pels familiars dels Presos i Exiliats polítics catalans

Nom i cognoms:

DNI:

Signatura:

@ACDretsCivils

